

PETITION



Lohnrunden: Halbe/Halbe zur Vermeidung der Inflationsspirale

Freie Wirtschaftsverbände legen ein kooperatives Konzept zur Inflationsbekämpfung vor

Österreichs freie Wirtschaftsverbände angeführt vom SENAT DER WIRTSCHAFT, dem ÖSTERR. GEWERBEVEREIN und der LOBBY DER MITTE legen der Regierung und den Tarifpartnern einen konstruktiven Vorschlag für die bevorstehenden Tarifverhandlungen vor. Halbe/Halbe ist das Zauberwort: Inflationsausgleich zu einer Hälfte durch gemäßigte Lohnforderung, zur anderen durch Senkung der Einkommensteuer und Lohnnebenkosten.

Aktion Halbe/Halbe

Die bevorstehende Lohnrunde ist für Unternehmen und ihre Mitarbeiter, für das Land als Wirtschaftsstandort und für das Gemeinwohl in Österreich entscheidend. Lohnabschlüsse bei 8% oder darüber werden die Lohn-Preis-Spirale anfeuern und zu einer Inflationsdynamik führen, wie wir sie seit 70 Jahren nicht erlebt haben. Unternehmen müssten die höheren Lohnkosten voll auf ihre Produktpreise umwälzen und die Kaufkraft der Bevölkerung würde rasant schwinden. In einem solchen Szenario der Lohn-Preisspirale drohen dem Mittelstand Umsatzrückgang sowie eine massive Pleitewelle, Staatseinnahmen werden schwinden, Arbeitsplätze vernichtet, Armut befeuert.

Im Sinne eines verantwortungsvollen Miteinanders in Österreich, schlagen die freien Wirtschaftsverbände der Regierung sowie den Sozialpartnern daher eine Vorgangsweise vor, die das unmittelbar Schlimmste verhindern soll: bei einer zu erwarteten 8-prozentigen Inflationsrate empfehlen sie den Arbeitnehmern Zurückhaltung zu üben und sich mit einer Lohnsteigerung von 4% zu begnügen, gleichzeitig sollte die Bundesregierung den Arbeitnehmern einen 4% Nettolohnausgleich gewähren, und zwar durch Senkung der Lohnsteuer (in Form von Tarifsenkungen oder Absetzbeträgen). So hätten Arbeitnehmer netto einen vollen Inflationsausgleich, die durch die Energiekrise zusätzlich geplagten Mittelständischen Unternehmen zumindest bei den Löhnen eine wichtige Unterstützung, und die Lohn-Preisspirale wäre gebrochen.

Finanziert wäre dieser der Steuersenkung geschuldete staatliche Einnahmeausfall durch die inflationsgetriebenen höheren Umsatz- und Lohnsteuereinnahmen ohnehin:

Die Entlastung durch den Staat würde ca. € 3,5 Mrd. kosten. Bei einem Bruttoeinkommen von monatlich € 2.500,- würde dies im Jahr € 862,- betragen. Bei 4 Millionen Beschäftigten wären dies € 3,5 Mrd.. Die Finanzierung wäre sichergestellt, da der Staat durch die Inflation € 2,5 Mrd. Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer lukriert und bei der Lohnerhöhung von 4% Mehreinnahmen von € 1,5 Mrd. bei der Lohnsteuer lukriert. Somit wäre die Finanzierung gesichert und der Staat würde nur seine Mehreinnahmen an die Bürger zurückgeben.

KMU-Umfrage: Überwältigende Unterstützung

Dass die freien Verbände den Unternehmen aus der Seele sprechen, zeigt die überwältigende Unterstützung, die die Unternehmerschaft dem Halbe/Halbe-Vorschlag in einer Umfrage gaben:

- **Repräsentative Beteiligung:** Mehr als 2000 Unternehmer, Arbeitgeber von über 200.000 Mitarbeitern, nahmen an der Umfrage teil und repräsentieren, trotz leichter Ostlastigkeit, im Großen und Ganzen die österreichische Wirtschaft, da Betriebe aus allen Bundesländern teilgenommen haben und auch alle Branchen vertreten sind.
- **Überwältigende Unterstützung:** mehr als 88% der Teilnehmenden Unternehmer, vor allem die kleineren, stimmen dem Halbe-Halbe Vorschlag zu. Unter den Großunternehmen liegt die Unterstützung immerhin auch bei knapp über 80%.

- Mehr als 77% der Betriebe sehen sich laut Umfrage, bei einer Lohnerhöhung ab 8% und darüber, veranlasst die **Preise für ihre Produkte und Dienstleistungen zu erhöhen**.
- Ein Viertel der Unternehmen wird Preiserhöhungen aber nicht, mehr als die Hälfte nur teilweise durchsetzen können. Betriebe, die meinen höhere Lohnabschlüsse gut verkraften zu können, sind auch der Meinung Preisanpassungen leichter weitergeben zu können. Das größte Problem orten die Verbände bei den Unternehmen, welche Preiserhöhungen aufgrund ihrer Kleinheit oder Schwäche nicht für sich durchsetzen können. Am schwersten täten sich dabei EPU's und Kleinstunternehmen. KMUs mit 10 bis 250 Beschäftigten geben sich laut Umfrage bezüglich eigener Preiserhöhungen auch nur durchschnittliche Chancen. Am leichtesten tun sich dabei die Großunternehmen.
- Ein Drittel der Unternehmen hätte durch so eine Lohnerhöhung **finanzielle Probleme** zu bewältigen.
- Ein weiteres Drittel (die Hälfte davon Großunternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern) würde in dem Fall **Mitarbeiter abbauen**.

Mittelfristig den Wirtschaftsstandort stärken

Allerdings, und da sind sich alle freien Verbände einig, dürfen neben diesen kurzfristigen Maßnahme langfristige Standortverbesserungen nicht vernachlässigt werden, dazu gehören:

1. **Digitalisierung vorantreiben für mehr Kosteneffizienz bei hoheitlichen Aufgaben**
2. **Maßnahmen für die erleichterte Eigenkapitalbildung in den Betrieben:** Einführung einer 25% Investitionsrücklage & halber Steuersatz für nicht entnommene Gewinne
3. **Modernisierung des Finanzplatzes und Kapitalmarkts,** Lockerung der Anlagerichtlinien für Pensionskassen, Versicherungen, Stiftungen etc...; Abschaffung der KEST und Wiedereinführung der Behalterfrist; Reform des AIFMG, etc..., generelle Vereinfachung des Zugangs zum Kapitalmarkt
4. **Modernisierung des Gesellschaftsrechts: Flexibilisierung, einfache Mitarbeiterbeteiligungen; Einführung der FlexCo**
5. **Entbürokratisierung und Verfahrensbeschleunigung - Keine weiteren Lockdowns, insbesondere im Einzelhandel**
6. **Maßnahmen zur besseren Verfügbarkeit von Fachkräften:**
 - a. Aktivierung von (frühen) Pensionisten durch Streichung der Pensionsbeiträge bei Beschäftigung (auch bei Kurzarbeit)
 - b. Besserer Zugang ausländischer Arbeitskräfte durch weitere Erleichterungen bei der Österreich-Card sowie Übernahmemöglichkeiten für bereits gut integrierte Asylwerber
 - c. Mehr Druck auf arbeitsunwillige Langzeitarbeitslose und degressives Arbeitslosengeld
7. **Allgemeine LNK-Senkung mit einer Sonderregelung von -30% LNK für die ersten 30 Mitarbeiter eines jeden Unternehmens**

Wien, 30. August 2022



Gabriele Stowasser
SENAT DER WIRTSCHAFT



Peter Lieber
Österreichischer Gewerbeverein



Wolfgang Lusak
Lobby der Mitte



SENAT DER
WIRTSCHAFT



ÜBER DIE INITIATOREN DIESER PETITION

Der **SENAT DER WIRTSCHAFT** ist eine parteiunabhängige und ökosozial ausgerichtete Wirtschaftsorganisation mit dem Ziel, Unternehmen praxisorientierte Anwendungsinformationen zu ökosozialen Themen bereitzustellen. Er ist Think-, aber vor allem ein Do-Tank, denn es geht um die Realisierung konkreter Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen. Das betrifft die Bereiche Wirtschaft, Ökologie, Bildung und Gesundheit. In diesen Bereichen werden Unternehmen aktiv unterstützt, zukunftsfähig zu bleiben. Außerdem ist der SENAT ein international agierendes Wirtschafts-Netzwerk und steht in engem Dialog mit politischen EntscheidungsträgerInnen, um die Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen zu bewirken. www.senat-oesterreich.at

Der **Österreichische Gewerbeverein (ÖGV)** verbindet Unternehmer und ihre Interessen. Unabhängig. Seit 1839 dem Unternehmertum verpflichtet. Er ist ein überparteilicher Verein für Unternehmer mit freiwilliger Mitgliedschaft und wurde vor rund 180 Jahren gegründet. Die Mitglieder des Gewerbevereins kommen aus Industrie, Gewerbe, Handel und den Freien Berufen. Zweck: Eine funktionierende Ordnungspolitik ist die Basis für erfolgreiches Unternehmertum. Diese kann sich in erster Linie in einem Umfeld des fairen Wettbewerbes, mit berechenbaren politischen Rahmenbedingungen, mit gesichertem Eigentum und in Freiheit entwickeln. Die erfolgreiche Durchsetzung dieser Grundsätze und somit eine schlagkräftige Interessensvertretung sind wesentliche Ziele des Österreichischen Gewerbevereins. Dies wird durch Interessenvertretung, Lobbying-, und Pressearbeit für die Unternehmer erreicht. www.gewerbeverein.at/

Die **Lobby der Mitte (LdM)** ist eine unabhängige Initiative, Plattform und Kooperation mit dem Ziel, den unternehmerischen Mittelstand sichtbarer & durchsetzungsstärker machen. Sie will einen Beitrag gegen Spaltung, Polarisierung und Extremismus leisten und verfügt über rund 1000 Follower sowie eine solide Reichweite via Website, Blog, Social Media und Gastkommentaren. Die LdM hat seit 2008 neun repräsentative Umfragen (Gallup) „Mittelstands-barometer“ (Österreicher n = 1000; Mittelstand n = 200) durchgeführt und bei sechs Tagen des Mittelstands 26 innovative/nachhaltige Mittelstands-Heros gekürt. 1/3 der Bevölkerung bekennen sich zur Wertegemeinschaft Mittelstand und 20% der Österreicher sehen die LdM als starke Mittelstands-Interessenvertretung. www.lobbydermitte.at

IMPRESSUM

SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich

Bundesgeschäftsstelle | Rotenturmstraße 5-9/1 | 1010 Wien | office@senat-oesterreich.at | www.senat-oesterreich.at

Tel.: +43 1-505 3548 | Fax: +43 1-505 3548-20

Für den Inhalt verantwortlich: Gabriele Stowasser | Vorständin

ÖSTERREICHISCHER GEWERBEVEREIN – ÖGV

Palais Eschenbach, Eschenbachgasse 11, 1010 Wien

Telefon +43 1 587 3 633

www.gewerbeverein.at

LOBBY DER MITTE

Unabhängige Plattform des unternehmerischen Mittelstands

bei Lusak Consulting, Schulgasse 18, 1180 Wien

Tel.: +43 1 325 45 36; office@lobbydermitte.at; www.lobbydermitte.at

Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Lusak | Gründer